



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 24. August 2010 (06.09)
(OR. en)**

**12646/1/10
REV 1**

PUBLIC 39

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
JUNI 2010

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im Juni 2010 angenommenen Rechtsakte^{1 2},
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Gesetzgebungsakte, wie das Datum der Annahme, die betreffende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://consilium.europa.eu/> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (Zugang zu den Dokumenten des Rates: [Öffentliches Register](#)) abgerufen werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären beider Organe unterzeichnet wurden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Gesetzgebungsakte (zugänglich auf der Website <http://consilium.europa.eu/>, Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – "[Ratsprotokolle](#)").

AUFSTELLUNG DER VOM RAT

IM JUNI 2010 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE

**3018. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES)
vom 3./4. Juni 2010 in Luxemburg**

Verordnung (EU) Nr. 539/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds im Hinblick auf die Vereinfachung bestimmter Anforderungen und im Hinblick auf bestimmte Bestimmungen bezüglich der finanziellen Verwaltung
ABl. L 158 vom 24.6.2010, S. 1-6

Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere
6106/1/10 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zu vereinbarten Verfahrensweisen der SIRENE-Büros im Falle von besonders schutzbedürftigen vermissten Personen
9966/10

Schlussfolgerungen des Rates über psychosozialen Beistand bei Notfällen und Katastrophen
9838/10 + COR 1

Schlussfolgerungen des Rates über die Anwendung des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz bei Großereignissen in der Europäischen Union
9837/10 + COR 1

Schlussfolgerungen des Rates über die Prävention und Bekämpfung des illegalen Handels mit Abfällen, insbesondere im internationalen Handel
5956/5/10 REV 5

Schlussfolgerungen des Rates zu einer Analyse der organisierten Kriminalität in der Region Lateinamerika/Karibik
5070/4/10 REV 4 + REV 4 COR 1 + REV 4 COR 2 + REV 4 COR 3

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Einrichtung multinationaler Ad-hoc-Gruppen mit Drittländern
9923/10

Entschließung des Rates vom 3. Juni 2010 betreffend ein aktualisiertes Handbuch mit Empfehlungen für die internationale polizeiliche Zusammenarbeit und Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalttätigkeiten und Störungen im Zusammenhang mit Fußballspielen von internationaler Dimension, die zumindest einen Mitgliedstaat betreffen
ABl. C 165 vom 24.6.2010, S. 1-21

Schlussfolgerungen des Rates zum achten Jahresbericht von Eurojust (Kalenderjahr 2009)
9959/10

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 492/210 des Rates vom 3. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Natriumcyclamat mit Ursprung in der Volksrepublik China und in Indonesien nach einer Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009
ABl. L 140 vom 8.6.2010, S. 2-16

Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Integration als Triebfeder für Entwicklung und sozialen Zusammenhalt
9248/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Einziehung und Vermögensabschöpfung
7769/3/10 REV 3

Schlussfolgerungen des Rates zu den Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen des Abschlussberichts über die vierte Runde der gegenseitigen Begutachtungen betreffend den Europäischen Haftbefehl unter dem spanischen Vorsitz im Rat der Europäischen Union
8436/2/10 REV 2 + REV 2 COR 1

2010/316/: Beschluss des Rates vom 3. Juni 2010 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Nahrungsmittelhilfe-Ausschuss in Bezug auf die Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 zu vertreten ist
ABl. L 142 vom 10.6.2010, S. 7-8

Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission "Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger Europas – Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms" (KOM (2010) 171 endg.).
9935/10 + COR 1

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Georgien zur Erleichterung der Visaerteilung im Namen der Europäischen Union
10304/10 + COR (sv)

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im Kooperationsrat EU-Südafrika zur Änderung einschlägiger Bestimmungen und Anhänge des Abkommens über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits im Hinblick auf die Angleichung bestimmter Zölle an die von Botsuana, Lesotho und Swasiland auf EU-Produkte angewandten Zölle, die in Anhang 3 des Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EG und der SADC festgelegt sind
9393/10

Verordnung des Rates über die Aufteilung der Fangmöglichkeiten gemäß dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und den Salomonen
9334/10

2010/343/: Beschluss des Rates vom 3. Juni 2010 über die Unterzeichnung - im Namen der Europäischen Union - und die vorläufige Anwendung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Republik Chile über die Erhaltung der Schwertfischbestände im Südostpazifik
ABl. L 155 vom 22.6.2010, S. 1-2

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Bewältigung der weltweiten Quecksilberproblematik
10564/10

Schlussfolgerungen des Rates über Folgemaßnahmen zum Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl
10674/10

Europäischer Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels – Unterbrechung der Kokain- und Heroinrouten
8821/10

Schlussfolgerungen des Rates zu unbegleiteten Minderjährigen
10669/10

Schlussfolgerungen der vom spanischen Vorsitz veranstalteten Seminare im Bereich Justiz
10104/10

3019. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 7./8. Juni 2010 in Luxemburg

2010/321/: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2010 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, das Übereinkommen über die Arbeit im Fischereisektor der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahr 2007 (Übereinkommen Nr. 188) im Interesse der Europäischen Union zu ratifizieren
ABl. L 145 vom 11.6.2010, S. 12-12

2010/371/: Beschluss des Rates vom 6. Juni 2010 über die Einstellung des Konsultationsverfahrens mit der Republik Madagaskar nach Artikel 96 des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens
ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 13-16

Verordnung (EU) Nr. 493/2010 des Rates vom 7. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 234/2004 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Liberia
ABl. L 140 vom 8.6.2010, S. 17-18

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Langfristig tragfähige Systeme der sozialen Sicherheit zur Verwirklichung der Zielvorgaben für angemessene Renten und soziale Eingliederung"
9413/10 + REV 1 (ro) + REV 2 (hu)

Schlussfolgerungen des Rates "Neue Qualifikationen für neue Arbeitsplätze: Weitere Schritte"
10841/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der Integration der Roma
10058/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Aktives Altern"

9489/10 + COR 1 + COR 2 + REV 2 (lt) + REV 3 (hu) + REV 2 (lt) COR 1 + REV 3 (hu) COR 1+
COR 3

*Entschließung des Rates der Europäischen Union und der im Rat vereinigten Vertreter der
Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem neuen europäischen Rahmen für Menschen mit
Behinderungen*

10173/10

*Schlussfolgerungen des Rates zu Gleichbehandlung und Gesundheit in allen Politikbereichen:
Solidarität im Gesundheitswesen*

9947/10

*Schlussfolgerungen des Rates "Maßnahmen zur Verringerung der Salzaufnahme der Bevölkerung
im Hinblick auf eine bessere Gesundheit"*

9827/10

**3020. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom
8. Juni 2010 in Luxemburg**

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Renten"

10252/1/10 REV 1 + REV 1 COR 1 (fi)

*2010/320/: Beschluss des Rates vom 8. Juni 2010 gerichtet an Griechenland zwecks Ausweitung
und Intensivierung der haushaltspolitischen Überwachung und zur Inverzugsetzung Griechenlands
mit der Maßgabe, die zur Beendigung des übermäßigen Defizits als notwendig erachteten
Maßnahmen zu treffen*

ABl. L 145 vom 11.6.2010, S. 6-11

*Entschließung des Rates vom 8. Juni 2010 zur Koordinierung der Vorschriften für beherrschte
ausländische Unternehmen (CFC - Controlled Foreign Corporations) und für Unterkapitalisierung
in der Europäischen Union*

ABl. C 156 vom 16.6.2010, S. 1-2

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)"

10595/10

*Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 18/2009: "Wirksamkeit der EEF-Hilfe für die
regionale Wirtschaftsintegration in Ostafrika und Westafrika"*

9952/10

*Beschluss 2010/322/GASP des Rates vom 8. Juni 2010 zur Änderung und Verlängerung der
Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen
Union im Kosovo, EULEX KOSOVO*

ABl. L 145 vom 11.6.2010, S. 13-14

*2010/390/: Beschluss Nr. 1/2010 des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU - Montenegro vom
14. Juni 2010 zur Annahme seiner Geschäftsordnung*

ABl. L 179 vom 14.7.2010, S. 11-15

3021. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 11. Juni 2010 in Luxemburg

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Union und den Salomonen im Namen der Europäischen Union und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens
9336/10 + REV 1 (lv)

Schlussfolgerungen des Rates: Fünfte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP/MOP 5) als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit (Nagoya, Japan, 11. - 15. Oktober 2010)
10453/10

Schlussfolgerungen des Rates: Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (2012)
11062/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Wasserknappheit, Dürre und Anpassung an den Klimawandel"
11061/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel: Waldschutz und Waldinformation in der EU"
11037/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO₂-Emissionen"
11028/10

3022. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 14. Juni 2010 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Meerespolitik
10300/10

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im AKP-EU-Ministerrat zu den von der Unterzeichnung bis zum Inkrafttreten des Abkommens zur zweiten Änderung des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, unterzeichnet in Cotonou am 23. Juni 2000 und erstmals geändert in Luxemburg 25. Juni 2005, geltenden Übergangsmaßnahmen
10515/10 + COR 1 (cz)

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zur zweiten Änderung des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, unterzeichnet in Cotonou am 23. Juni 2000 und erstmals geändert in Luxemburg am 25. Juni 2005, im Namen der Europäischen Union
10160/10, 9565/10

3023. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 14. Juni 2010 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates zum Südkaukasus
10809/10

2010/336/GASP: Beschluss 2010/336/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 zu EU-Maßnahmen zur Unterstützung des Vertrags über den Waffenhandel im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie
ABl. L 152 vom 18.6.2010, S. 14-20

2010/329/GASP: Beschluss 2010/329/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2007/405/GASP betreffend die Polizeimission der Europäischen Union im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors und ihre Schnittstelle zur Justiz in der Demokratischen Republik Kongo (EUPOL RD Congo)
ABl. L 149 vom 15.6.2010, S. 11-11

2010/330/GASP: Beschluss 2010/330/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 betreffend die integrierte Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union für Irak, EUJUST LEX-IRAQ
ABl. L 149 vom 15.6.2010, S. 12-15

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen Montenegro und der Europäischen Union über die Sicherheitsverfahren für den Austausch und den Schutz von Verschlusssachen
10234/10

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein über die Sicherheitsverfahren für den Austausch von Verschlusssachen
9770/10 + COR 1

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 510/2010 des Rates vom 14. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Frachtkontrollsysteme mit Ursprung in der Volksrepublik China
ABl. L 150 vom 16.6.2010, S. 1-16

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 511/2010 des Rates vom 14. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Molybdändrähte mit Ursprung in der Volksrepublik China
ABl. L 150 vom 16.6.2010, S. 17-23

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 512/2010 des Rates vom 14. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Ammoniumnitrat mit Ursprung in der Ukraine nach einer Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates

ABl. L 150 vom 16.6.2010, S. 24-39

Schlussfolgerungen des Rates über die internationale Arbeitsteilung
10348/10 REV 1 (fi)

Schlussfolgerungen des Rates zu Steuerwesen und Entwicklung – Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich
10349/10 + COR 1 (fi) + COR 2 (de)

Schlussfolgerungen des Rates zum Strategiebericht 2010 der Kommission über die Umsetzung der kohäsionspolitischen Programme
10342/10 + REV 1 (fi)

Schlussfolgerungen des Rates zu den Regionen in äußerster Randlage
10586/10

Schlussfolgerungen des Rates zu den Millenniums-Entwicklungszielen im Hinblick auf die VN-Plenartagung auf hoher Ebene in New York und die Zeit danach – Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015
11080/10

Schlussfolgerungen des Rates zu Gaza
11079/10

Schlussfolgerungen des Rates zu den westlichen Balkanstaaten
10765/3/10 REV 3

Schlussfolgerungen des Rates zur Piraterie vor der Küste Somalias
10880/1/10 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Kinderarbeit"
10937/1/10 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zu Kirgisistan
11051/2/10 REV 2

3024. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 24. Juni 2010 in Luxemburg

Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates
ABl. L 180 vom 15.7.2010, S. 1-6

Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (Neufassung)

PE-CONS 13/2/10 REV 2

+ ADD 1 REV2 + ADD 2 REV 2+ ADD 3 REV 2+ ADD 4 REV 2 + ADD 5 REV 2 + ADD 6 REV 2 + ADD 7 REV 2

2010/364/: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Ministerrat der Republik Albanien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten
ABl. L 166 vom 1.7.2010.

2010/360/: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien-Herzegowina über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten
ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 1-1

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 617/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union an die Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 736/96
ABl. L 180 vom 15.7.2010, S. 7-14

2010/385/: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2010 über den Abschluss der Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) durch die Europäische Union
ABl. L 178 vom 13.7.2010, S. 17-27

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Übereinkommens über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Südpazifik im Namen der Europäischen Union
9825/10

Verordnung (EU) Nr. 556/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1763/2004 über die Anwendung bestimmter restriktiver Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)
ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 9-12

Verordnung (EU) Nr. 554/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2488/2000 über die Aufrechterhaltung des Einfrierens von Geldern betreffend Herrn Milošević und Personen seines Umfelds
ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 1-4

Verordnung (EU) Nr. 555/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1412/2006 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Libanon
ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 5-8

Schlussfolgerungen des Rates über die Bewertung der Bedrohung, die von Flugplätzen sowie kleinen und mittleren Flugzeugen und Leichtflugzeugen ausgeht, die für den Drogenschmuggel genutzt werden können

10877/10 + REV 1 (ro)

Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Protokolls zur Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits

9913/10 + REV 1 (fi) + REV 1 COR 1 (fi) + REV 2 + REV 2 COR 1 (fr) + REV 4 (de) + COR 1 (cs) + COR 2 (mt) + COR 3

Schriftliches Verfahren vom 28. Juni 2010

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus

11223/1/10 REV 1

3025. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom Dienstag, den 29. Juni 2010, in Luxemburg

Verordnung (EU) Nr. 641/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union

ABl. L 194 vom 24.7.2010, S. 23–25

*Verordnung (EU) Nr. 640/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Einführung einer Fangdokumentationsregelung für Roten Thun (*Thunnus thynnus*) und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1984/2003 des Rates*

ABl. L 194 vom 24.7.2010, S. 1–22

Richtlinie 2010/45/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe

ABl. L 207 vom 6.8.2010, S. 14–29

Beschluss Nr. 338/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine

ABl. L 179 vom 14.7.2010, S. 1–3

Verordnung (EU) Nr. 565/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 7/2010 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren

ABl. L 163 vom 30.6.2010, S. 2–3

Verordnung (EU) Nr. 566/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte gewerbliche und landwirtschaftliche Waren sowie Fischereierzeugnisse
ABl. L 163 vom 30.6.2010, S. 4-14

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 564/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Anpassung der Berichtigungskoeffizienten für die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union
ABl. L 163 vom 30.6.2010, S. 1-1

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 580/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 452/2007 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Bügelbrettern und -tischen mit Ursprung unter anderem in der Ukraine
ABl. L 168 vom 2.7.2010, S. 12-15

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 579/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 367/2006 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien
ABl. L 168 vom 2.7.2010, S. 1-11

Ernennung eines Beamten der Besoldungsgruppe AD 15 im Generalsekretariat des Rates
11120/10

Beschluss des Rates zur Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Entwicklungsfonds (2. Tranche 2010)
11227/10 + REV 1 (de)

Schlussfolgerungen des Rates zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Lebensmittelmodells
11409/10 ADD 1

2010/365/: Beschluss des Rates vom 29. Juni 2010 über die Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das Schengener Informationssystem in der Republik Bulgarien und Rumänien
ABl. L 166 vom 1.7.2010, S. 17-20

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE JUNI 2010			
TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3018. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 3./4. Juni 2010 in Luxemburg Verordnung (EU) Nr. 539/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds im Hinblick auf die Vereinfachung bestimmter Anforderungen und im Hinblick auf bestimmte Bestimmungen bezüglich der finanziellen Verwaltung	PE-CONS 9/3/10 REV 3	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer CZ, MT, PL, SI, SK, UK: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

JUNI 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Zyperns, der Tschechischen Republik, Ungarns, Litauens, Polens, der Slowakischen Republik und Sloweniens Die obengenannten Mitgliedstaaten erkennen den Beitrag der Instrumente der Kohäsionspolitik zur Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien an. Zugleich messen sie den positiven wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die allgemeine Nachfrage im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm große Bedeutung bei. Daher unterstützen diese Mitgliedstaaten den Vorschlag der Europäischen Kommission, wonach die Möglichkeit geschaffen werden soll, geeignete Finanzierungsinstrumente zur Unterstützung solcher Aktionen einzurichten. Da der Kohäsionsfonds im Zeitraum 2007-2013 auch Beiträge zu Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien leisten kann, und zwar nicht nur durch Infrastrukturinvestitionen großen Maßstabs, lehnen die obengenannten Mitgliedstaaten es ab, den Einsatz dieser Finanzierungsinstrumente auf die Strukturfonds zu beschränken. Es sei darauf hingewiesen, dass aufgrund der geltenden Regelungen keine substanziellen Gründe dagegen sprechen, dass der Kohäsionsfonds Finanzierungsinstrumente auch für ein Ziel einsetzen kann, zu dem er bereits Beiträge leistet. Außerdem ist eine derartige Beschränkung unfair gegenüber Ländern, in denen Maßnahmen zur Energieeffizienz in erster Linie nicht aus dem EFRE, sondern aus dem Kohäsionsfonds finanziert werden, was im derzeitigen Stadium der Durchführung der NSRP nicht mehr korrigiert werden kann. Erhebliche Mittel des Kohäsionsfonds könnten auch zur Erleichterung der Finanzierung von zukunftsorientierten Maßnahmen in diesem Bereich verwendet werden, wodurch der Beitrag der Instrumente der Kohäsionspolitik im Einklang mit den langfristigen Zielen der Gemeinschaft stärker zur Erholung der regionalen und nationalen Wirtschaften beitragen würde.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

JUNI 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Tschechischen Republik, Polens und der Slowakischen Republik Kohäsionspolitik ist langfristige Entwicklungspolitik. Die Anwendung kurzfristiger Kriterien jeglicher Art, die beispielsweise die jährlichen Schwankungen des BIP und die derzeitige Haushaltslage widerspiegeln, untergräbt die langfristige, antizyklische und strukturelle Ausrichtung dieser Politik. Unserer Ansicht nach sollten deren Instrumente in erster Linie der Verwirklichung der Ziele dieser Politik zugute kommen. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflusst die Wirtschaft der Mitgliedstaaten und ihre Fähigkeit, sich an der Kohäsionspolitik zu beteiligen, auf vielerlei Arten – in manchen Fällen dürften die negativen Auswirkungen erst in Zukunft vollkommen zu Tage treten. Der ursprüngliche Vorschlag der Europäischen Kommission für die Vorschüsse und die Mittelbindungen für 2007 enthielt Lösungen, die der Lage der Mitgliedstaaten und den langfristigen Zielen der Kohäsionspolitik gerecht wurden. Viele Mitgliedstaaten weisen einen Anstieg bei den Mittelbindungen auf, was bedeutet, dass sie Jahr für Jahr immer mehr nationale Mittel für die Kofinanzierung in den nächsten kritischen Jahren sicherstellen müssen. Für die Kohäsionspolitik ist es nach wie vor äußerst wichtig, das Hauptaugenmerk auf langfristige strategische Ziele zu richten, was nicht durch sofortige, kurzfristige Maßnahmen, die nur auf einige wenige Mitgliedstaaten beschränkt sind, aufs Spiel gesetzt werden sollte. Unserer Ansicht nach enthält der derzeit vorgeschlagene finanzielle Teil des Regelungspakets keine völlig angemessenen Lösungen für die Probleme, die einige Mitgliedstaaten 2013 aufgrund der parallelen Ausführungen der N+3- und N+2- Regeln zu bewältigen haben werden. Alle unterzeichnenden Mitgliedstaaten erklären außerdem, dass die derzeitigen Änderungen den Ergebnissen etwaiger künftiger Erörterungen über die Vereinfachung der Durchführung der Kohäsionspolitik nicht vorgreifen.			
Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere	6106/1/10 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer DE: Enthaltung
Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu Artikel 290 AEUV Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erklären, dass die Bestimmungen dieser Richtlinie unbeschadet des künftigen Standpunkts der Organe zur Umsetzung von Artikel 290 AEUV oder einzelnen Gesetzgebungsakten, die derartige Bestimmungen enthalten, gelten.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung des Rates Der Rat erinnert an seine Erklärung vom 15. Dezember 2009 zu der Mitteilung der Kommission vom 9. Dezember 2009 über die Umsetzung des Artikels 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Erklärung der Niederlande zum Vorbehalt betreffend nichtmenschliche Primaten Die Niederlande danken dem amtierenden Vorsitz und den vorhergehenden Vorsitzen für ihre Bemühungen, dieses Dossier voranzubringen. Die Niederlande bedauern es, dass der Text eine Ausnahmeregelung enthält, nach der in der auf den Menschen bezogenen Forschung die Verwendung nichtmenschlicher Primaten auch zu anderen Zwecken als zur Verhütung und Behandlung schwerer Krankheiten zulässig ist. Dennoch sind die Niederlande der Ansicht, dass der Vorschlag einen Fortschritt für das Wohlbefinden von Versuchstieren in der EU darstellt und zur Schaffung gleicher Rahmenbedingungen in der wissenschaftlichen Forschung beiträgt. Die Niederlande können dem vorliegenden Text daher zustimmen. 3024. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 24. Juni 2010 in Luxemburg Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates Erklärung der belgischen Delegation zu Artikel 8 Absatz 4 "Die belgische Delegation erklärt, dass ihr Gutscheinsystem ("titres-services") als sozialer Dienst auf nationaler Ebene im Sinne von Artikel 8 Absatz 4 anzusehen ist."			
	PE-CONS 18/2/10 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer HU, UK: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE JUNI 2010			
TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- -REGELN	ABSTIMMUNGS- -ERGEBNISSE
Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (Neufassung) 3025. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom Dienstag, den 29. Juni 2010, in Luxemburg	PE-CONS 13/2/10 + ADD 1 REV 2 + ADD 2 REV 2 + ADD 3 REV 2 + ADD 4 REV 2 + ADD 5 REV 2 + ADD 6 REV 2 + ADD 7 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EU) Nr. 641/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union	PE-CONS 23/1/10 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EU) Nr. 640/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Einführung einer Fangdokumentationsregelung für Roten Thun (<i>Thunnus thynnus</i>) und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1984/2003 des Rates	PE-CONS 17/1/10 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Richtlinie 2010/45/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe	PE-CONS 19/2/10 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

JUNI 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu Artikel 290 AEUV Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erklären, dass die Bestimmungen dieser Richtlinie unbeschadet des künftigen Standpunkts der Organe zur Umsetzung von Artikel 290 AEUV oder einzelnen Gesetzgebungsakten, die derartige Bestimmungen enthalten, gelten. Erklärung der Europäischen Kommission (Dringlichkeit) Die Europäische Kommission verpflichtet sich, das Europäische Parlament und den Rat jederzeit in vollem Umfang darüber unterrichtet zu halten, ob ein delegierter Rechtsakt möglicherweise nach dem Dringlichkeitsverfahren erlassen werden muss. Sobald die Dienststellen der Kommission absehen können, dass ein delegierter Rechtsakt nach dem Dringlichkeitsverfahren erlassen werden könnte, werden sie die Sekretariate des Europäischen Parlaments und des Rates davon informell in Kenntnis setzen. Erklärung der Niederlande Erklärung zur Stimmabgabe betreffend die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe Die Niederlande vertreten die Auffassung, dass die Europäische Union ihre Gesetzgebungsbefugnis überschreitet, indem sie Erwägungsgrund 19 und die Bestimmungen des Artikels 13 der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe akzeptiert. Erwägungsgrund 19 und Artikel 13 stehen im Widerspruch zu Artikel 168 Absatz 4 Buchstabe a in Verbindung mit Artikel 168 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Im Interesse der Einführung europäischer Vorschriften in diesem Bereich akzeptieren die Niederlande in diesem Fall, dass die Union ihre Befugnisse überschreitet. Die Niederlande möchten jedoch darauf hinweisen, dass dies nicht als Präzedenzfall angesehen werden kann.			
Beschluss Nr. 338/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine	PE-CONS 20/1/10 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE**JUNI 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung des Rates und der Kommission Der Rat und die Kommission bestätigen, dass die Genval-Kriterien, die der Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. Oktober 2002 überprüft hat, nach wie vor die Grundsätze sind, die jeglicher künftigen Makrofinanzhilfe auch weiterhin zugrunde liegen sollten. Erklärung des Rates Im Zusammenhang mit seiner Zustimmung möchte der Rat betonen, dass die Tatsache, dass der gemeinsame Beschluss zugunsten einer Makrofinanzhilfe für die Ukraine gefasst werden kann, bevor konkrete Ergebnisse der Beratungen zwischen dem IWF und der Ukraine vorliegen, lediglich als Ausnahme zu betrachten ist und somit keinen Präzedenzfall darstellt. Im Zusammenhang mit seiner Zustimmung möchte der Rat ferner die Tatsache betonen, dass mit Blick auf die generelle Überprüfung des Komitologiebeschlusses 1999/468/EG vom 28. Juni 1999 die geplante Einsetzung eines (ausschließlich) beratenden Ausschusses, welcher die Durchführung der Makrofinanzhilfe für die Ukraine überwachen soll, keinen Präzedenzfall für andere Gesetzgebungsvorschläge darstellt. Der Rat befürwortet weitere Gespräche mit dem Europäischen Parlament, um eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf die Makrofinanzhilfe vor dem Hintergrund der Genval-Kriterien in der Fassung vom 8. Oktober 2002 zu erzielen.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE JUNI 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3018. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 3./4. Juni 2010 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zu vereinbarten Verfahrensweisen der SIRENE-Büros im Falle von besonders schutzbedürftigen vermissten Personen 9966/10 Schlussfolgerungen des Rates über psychosozialen Beistand bei Notfällen und Katastrophen 9838/10 + COR 1 Schlussfolgerungen des Rates über die Anwendung des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz bei Großereignissen in der Europäischen Union 9837/10 + COR 1 Schlussfolgerungen des Rates über die Prävention und Bekämpfung des illegalen Handels mit Abfällen, insbesondere im internationalen Handel 5956/5/10 REV 5 Schlussfolgerungen des Rates zu einer Analyse der organisierten Kriminalität in der Region Lateinamerika/Karibik 5070/4/10 REV 4 + REV 4 COR 1 + REV 4 COR 2 + REV 4 COR 3	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSÄKTE JUNI 2010	
SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Einrichtung multinationaler Ad-hoc-Gruppen mit Drittländern 9923/10 Entschließung des Rates vom 3. Juni 2010 betreffend ein aktualisiertes Handbuch mit Empfehlungen für die internationale polizeiliche Zusammenarbeit und Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalttätigkeiten und Störungen im Zusammenhang mit Fußballspielen von internationaler Dimension, die zumindest einen Mitgliedstaat betreffen 9926/10 Schlussfolgerungen des Rates zum achten Jahresbericht von Eurojust (Kalenderjahr 2009) 9959/10 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 492/210 des Rates vom 3. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Natriumcyclamat mit Ursprung in der Volksrepublik China und in Indonesien nach einer Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 9569/10 Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Integration als Triebfeder für Entwicklung und sozialen Zusammenhalt 9248/10 Schlussfolgerungen des Rates zur Einziehung und Vermögensabschöpfung 7769/3/10 REV 3	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zu den Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen des Abschlussberichts über die vierte Runde der gegenseitigen Begutachtungen betreffend den Europäischen Haftbefehl unter dem spanischen Vorsitz im Rat der Europäischen Union 8436/2/10 REV 2 + REV 2 COR 1 2010/316/: Beschluss des Rates vom 3. Juni 2010 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Nahrungsmittelhilfe-Ausschuss in Bezug auf die Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 zu vertreten ist 10062/10 Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission "Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger Europas – Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms" (KOM (2010) 171 endg.). 9935/10 + COR 1	
Erklärung der Europäischen Kommission Die Europäische Kommission • betont, dass der von ihr angenommene Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms mit den Zielen und dem Geist des Stockholmer Programms und mit der Entschlieung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2009 in Einklang steht, • bekräftigt, dass mit dem Aktionsplan beabsichtigt wird, die vom Europäischen Rat im Stockholmer Programm formulierten politischen Ziele zu verwirklichen und die Erwartungen der Bürger und die vorrangigen Forderungen des Europäischen Parlaments zu erfüllen, • erklärt abermals, dass sie bereit ist, Vorschläge zu unterbreiten, wann immer sie dies für notwendig und richtig hält, und dass sie dabei den Anliegen des Europäischen Parlaments und des Rates Rechnung tragen wird.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Georgien zur Erleichterung der Visaerteilung im Namen der Europäischen Union 10304/10 + COR (sv) Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im Kooperationsrat EU-Südafrika zur Änderung einschlägiger Bestimmungen und Anhänge des Abkommens über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits im Hinblick auf die Angleichung bestimmter Zölle an die von Botsuana, Lesotho und Swasiland auf EU-Produkte angewandten Zölle, die in Anhang 3 des Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EG und der SADC festgelegt sind 9393/10 Verordnung des Rates über die Aufteilung der Fangmöglichkeiten gemäß dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und den Salomonen 9334/10 2010/343/: Beschluss des Rates vom 3. Juni 2010 über die Unterzeichnung - im Namen der Europäischen Union - und die vorläufige Anwendung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Republik Chile über die Erhaltung der Schwertfischbestände im Südostpazifik 9337/10 Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Bewältigung der weltweiten Quecksilberproblematik 10564/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates über Folgemaßnahmen zum Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl 10674/10 Europäischer Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels – Unterbrechung der Kokain- und Heroinrouten 8821/10 Schlussfolgerungen des Rates zu unbegleiteten Minderjährigen 10669/10 Schlussfolgerungen der vom spanischen Vorsitz veranstalteten Seminare im Bereich Justiz 10104/10 3019. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 7./8. Juni 2010 in Luxemburg 2010/321/: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2010 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, das Übereinkommen über die Arbeit im Fischereisektor der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahr 2007 (Übereinkommen Nr. 188) im Interesse der Europäischen Union zu ratifizieren 16923/1/09 REV 1	
Erklärung der Kommission Re: Zu Artikel 2 (Empfehlung, das Übereinkommen 188 zu ratifizieren) Es ist darauf hinzuweisen, dass Artikel 2 als Empfehlung zu betrachten ist, die zum Ziel hat, die Anwendung des Übereinkommens in der gesamten Gemeinschaft zu fördern. Aus dem Wortlaut dieser Bestimmung geht eindeutig hervor, dass sie weder den Zweck noch die Wirkung hat, den Mitgliedstaaten, an die dieser Rechtsakt gerichtet ist, die Verpflichtung zur Ratifizierung des Übereinkommens 188 aufzuerlegen. Auch hat sie nicht den Zweck oder die Wirkung, eine Frist für die Ratifizierung festzulegen.	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2010/371/: Beschluss des Rates vom 6. Juni 2010 über die Einstellung des Konsultationsverfahrens mit der Republik Madagaskar nach Artikel 96 des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens 9633/10 + COR 1 + COR 2(pl) Verordnung (EU) Nr. 493/2010 des Rates vom 7. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 234/2004 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Liberia 9241/10 + COR 1 (de) Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Langfristig tragfähige Systeme der sozialen Sicherheit zur Verwirklichung der Zielvorgaben für angemessene Renten und soziale Eingliederung" 9413/10 + REV 1 (ro) + REV 2 (hu) Schlussfolgerungen des Rates "Neue Qualifikationen für neue Arbeitsplätze: Weitere Schritte" 10841/10 Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der Integration der Roma 10058/10 Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Aktives Altern" 9489/10 + COR 1 + COR 2 + REV 2 (lt) + REV 3 (hu) + REV 2 (lt) COR 1 + REV 3 (hu) COR 1 + COR 3 Entschließung des Rates der Europäischen Union und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem neuen europäischen Rahmen für Menschen mit Behinderungen 10173/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zu Gleichbehandlung und Gesundheit in allen Politikbereichen: Solidarität im Gesundheitswesen 9947/10 Schlussfolgerungen des Rates "Maßnahmen zur Verringerung der Salzaufnahme der Bevölkerung im Hinblick auf eine bessere Gesundheit" 9827/10 3020. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 8. Juni 2010 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Renten" 10252/1/10 REV 1 + REV 1 COR 1 (fi) 2010/320/: Beschluss des Rates vom 8. Juni 2010 gerichtet an Griechenland zwecks Ausweitung und Intensivierung der haushaltspolitischen Überwachung und zur Inverzugsetzung Griechenlands mit der Maßgabe, die zur Beendigung des übermäßigen Defizits als notwendig erachteten Maßnahmen zu treffen 9443/10 EntschlieÙung des Rates vom 8. Juni 2010 zur Koordinierung der Vorschriften für beherrschte ausländische Unternehmen (CFC - Controlled Foreign Corporations) und für Unterkapitalisierung in der Europäischen Union 10597/10 + REV 1 (sv) + REV 1 COR 1 (sv)	
Erklärung Schwedens Schweden ist der Auffassung, dass die Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes bedeutet, dass keiner der Indikatoren nach Abschnitt B für sich allein genommen ausreicht, um auf die Unterkapitalisierung eines Unternehmens zu schließen.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE JUNI 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)" 10595/10 Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 18/2009: "Wirksamkeit der EEF-Hilfe für die regionale Wirtschaftsintegration in Ostafrika und Westafrika" 9952/10 2010/322/GASP: Beschluss 2010/322/GASP des Rates vom 8. Juni 2010 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO 9340/10 2010/390/: Beschluss Nr. 1/2010 des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU - Montenegro vom 14. Juni 2010 zur Annahme seiner Geschäftsordnung 8319/10 Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie Europa 2020 10881/10 3021. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 11. Juni 2010 in Luxemburg Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Union und den Salomonen im Namen der Europäischen Union und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens 9336/10 + REV 1 (lv)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE JUNI 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates: Fünfte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP/MOP 5) als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit (Nagoya, Japan, 11. - 15. Oktober 2010) 10453/10	
Schlussfolgerungen des Rates: Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (2012) 11062/10	
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Wasserknappheit, Dürre und Anpassung an den Klimawandel" 11061/10	
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel: Waldschutz und Waldinformation in der EU" 11037/10	
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO2-Emissionen" 11028/10	
3022. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 14. Juni 2010 in Luxemburg	
Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Meerespolitik 10300/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im AKP-EU-Ministerrat zu den von der Unterzeichnung bis zum Inkrafttreten des Abkommens zur zweiten Änderung des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, unterzeichnet in Cotonou am 23. Juni 2000 und erstmals geändert in Luxemburg 25. Juni 2005, geltenden Übergangsmaßnahmen 10515/1/10 REV 1	
Erklärung der polnischen Delegation Die Republik Polen erklärt im Hinblick auf die Bestimmungen, nach denen die Ratifizierung gemäß den internen verfassungsrechtlichen Verfahren erfolgt, dass das Abkommen zur zweiten Änderung des am 23. Juni 2000 in Cotonou unterzeichneten und mit dem am 25. Juni 2005 in Luxemburg unterzeichneten Abkommen erstmalig geänderten Partnerschaftsabkommens zwischen den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits ab dem Tag des Abschlusses der genannten Verfahren für sie bindend sein und vorläufig angewandt werden wird." Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zur zweiten Änderung des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, unterzeichnet in Cotonou am 23. Juni 2000 und erstmals geändert in Luxemburg am 25. Juni 2005, im Namen der Europäischen Union 10160/10, 9565/10 3023. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 14. Juni 2010 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zum Südkaukasus 10809/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSÄKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2010/336/GASP: Beschluss 2010/336/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 zu EU-Maßnahmen zur Unterstützung des Vertrags über den Waffenhandel im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie 8683/10 2010/329/GASP: Beschluss 2010/329/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2007/405/GASP betreffend die Polizeimission der Europäischen Union im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors und ihre Schnittstelle zur Justiz in der Demokratischen Republik Kongo (EUPOL RD Congo) 8772/10 + COR 1 2010/330/GASP: Beschluss 2010/330/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 betreffend die integrierte Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union für Irak, EUJUST LEX-IRAQ 10404/10 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen Montenegro und der Europäischen Union über die Sicherheitsverfahren für den Austausch und den Schutz von Verschlussachen 10234/10 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein über die Sicherheitsverfahren für den Austausch von Verschlussachen 9770/10 + COR 1	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 510/2010 des Rates vom 14. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Frachtkontrollsysteme mit Ursprung in der Volksrepublik China 9934/10 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 511/2010 des Rates vom 14. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Molybdändrähte mit Ursprung in der Volksrepublik China 9938/10 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 512/2010 des Rates vom 14. Juni 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Ammoniumnitrat mit Ursprung in der Ukraine nach einer Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates Schlussfolgerungen des Rates über die internationale Arbeitsteilung 10348/10 REV 1 (fi) Schlussfolgerungen des Rates zu Steuerwesen und Entwicklung – Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich 10349/10 + COR 1 (fi) + COR 2 (de) Schlussfolgerungen des Rates zum Strategiebericht 2010 der Kommission über die Umsetzung der kohäsionspolitischen Programme 10342/10 + REV 1 (fi)	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zu den Regionen in äußerster Randlage 10586/10 Schlussfolgerungen des Rates zu den Milleniums-Entwicklungszielen im Hinblick auf die VN-Plenartagung auf hoher Ebene in New York und die Zeit danach – Verwirklichung der Milleniums-Entwicklungsziele bis 2015 11080/10 Schlussfolgerungen des Rates zu Gaza 11079/10 Schlussfolgerungen des Rates zu den westlichen Balkanstaaten 10765/3/10 REV 3 Schlussfolgerungen des Rates zur Piraterie vor der Küste Somalias 10880/1/10 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Kinderarbeit" 10937/1/10 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates zu Kirgisistan 11051/2/10 REV 2	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE JUNI 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3024. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 24. Juni 2010 in Luxemburg 2010/364/: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Ministerrat der Republik Albanien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten 8531/10 Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es vorzuziehen, dass die Abkommen mit der Republik Albanien und Bosnien und Herzegowina über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten allein von der Gemeinschaft geschlossen werden. Die gleichen Überlegungen würden in Bezug auf ähnliche Abkommen gelten, solange sie im Einklang mit dem durch Ratsbeschluss vom 5. Juni 2003 erteilten Mandat über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen geschlossen werden und nicht über die Grenzen dieses Mandats hinausgehen. Diese Beschlüsse bilden keinen Präzedenzfall für die Ausübung der jeweiligen Befugnisse der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf andere als die obengenannten Abkommen, z.B. Abkommen im Sinne des Beschlusses des Rates vom 5. Juni 2003 zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs aufzunehmen, die als gemischte Abkommen zu schließen sind. Diese Beschlüsse schaffen weder neue Zuständigkeiten der Gemeinschaft im Zusammenhang mit externen Abkommen über Luftverkehrsdienste, noch berühren sie die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten. 2010/360/: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien-Herzegowina über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten 8533/10 COR 1 (cs)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte
Abstimmungsergebnisse/Erklärungen**

Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission

Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es vorzuziehen, dass die Abkommen mit der Republik Albanien und Bosnien und Herzegowina über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten allein von der Gemeinschaft geschlossen werden. Die gleichen Überlegungen würden in Bezug auf ähnliche Abkommen gelten, solange sie im Einklang mit dem durch Ratsbeschluss vom 5. Juni 2003 erteilten Mandat über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen geschlossen werden und nicht über die Grenzen dieses Mandats hinausgehen. Diese Beschlüsse bilden keinen Präzedenzfall für die Ausübung der jeweiligen Befugnisse der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf andere als die obengenannten Abkommen, z.B. Abkommen im Sinne des Beschlusses des Rates vom 5. Juni 2003 zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs aufzunehmen, die als gemischte Abkommen zu schließen sind. Diese Beschlüsse schaffen weder neue Zuständigkeiten der Gemeinschaft im Zusammenhang mit externen Abkommen über Luftverkehrsdienste, noch berühren sie die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 617/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union an die Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 736/96
7524/10 + COR 1 + REV 1 (pt) + REV 1 COR 1 (pt)

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte
Abstimmungsergebnisse/Erklärungen**

Erklärung der Kommission

In Bezug auf die Bestimmung in Artikel 7 der Verordnung, nach der die Kommission bis spätestens 31. Oktober 2010 die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften erlässt, insbesondere in Bezug auf die Form und andere Einzelheiten der Übermittlung von Daten und Informationen gemäß den Artikeln 3 und 5, hebt die Kommission hervor,

- dass sie beabsichtigt, den Mitteilungsmustern die vorhandenen Muster¹ zugrunde zu legen;
- dass sie bei der Erstellung der Musterentwürfe die in der Verordnung genannten speziellen Stellen konsultieren wird;
- dass sie die Mitgliedstaaten zu den Musterentwürfen konsultieren wird;
- dass sie beabsichtigt, die vorläufigen Muster nach diesen Konsultationen bis Anfang Juni 2010 fertigzustellen.

2010/385/: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2010 über den Abschluss der Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) durch die Europäische Union
8612/10 + COR 1(de)

Erklärung des Rates

Es wird betont, dass mit der im Anhang dieses Beschlusses des Rates enthaltenen Zuständigkeitserklärung nicht zwangsläufig ein Präzedenzfall für künftige ähnlich gelagerte Fälle geschaffen wird.

¹ Siehe Verordnung (EG) Nr. 2386/96 der Kommission vom 16. Dezember 1996 zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 736/96 des Rates vom 22. April 1996 über die Mitteilung der Investitionsvorhaben von gemeinschaftlichem Interesse auf dem Erdöl-, Erdgas- und Elektrizitätssektor an die Kommission (ABl. L 326 vom 17.12.1996, S. 13).

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte
Abstimmungsergebnisse/Erklärungen**

Erklärung der Kommission

zu der Zuständigkeitserklärung in Anhang I
zum Beschluss des Rates über den Abschluss der Satzung
der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) durch die Europäische Union
Die Kommission stellt fest, dass der Geltungsbereich der unter die Satzung der IRENA fallenden Fragen die von der Union mit den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeit nach Artikel 4 Absatz 2 AEUV betrifft.
Entsprechend gelten für die Ausübung der Zuständigkeit im Rahmen der IRENA Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 2 AEUV.
Ferner weist die Kommission darauf hin, dass für die Union und die Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Artikel 4 Absatz 3 AEUV eine Verpflichtung zur loyalen Zusammenarbeit besteht, die eine besondere Verpflichtung zu enger Zusammenarbeit begründet, damit die Einheitlichkeit und Kohärenz des völkerrechtlichen Unionshandelns und der völkerrechtlichen Vertretung der Union gewährleistet sind, falls die Kommission neue politische Initiativen in Erwägung zieht.

Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Südpazifik
9825/10

Verordnung (EU) Nr. 556/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG)
Nr. 1763/2004 über die Anwendung bestimmter restriktiver Maßnahmen zur Unterstützung der
wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige
Jugoslawien (ICTY)
10664/10

Verordnung (EU) Nr. 554/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG)
Nr. 2488/2000 über die Aufrechterhaltung des Einfrierens von Geldern betreffend Herrn Milošević
und Personen seines Umfelds
10570/10

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Verordnung (EU) Nr. 555/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1412/2006 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Libanon 10613/10 Schlussfolgerungen des Rates über die Bewertung der Bedrohung, die von Flugplätzen sowie kleinen und mittleren Flugzeugen und Leichtflugzeugen ausgeht, die für den Drogenschmuggel genutzt werden können 10877/10 + REV 1 (ro) Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Protokolls zur Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits 9913/10 + REV 1 (fi) + REV 1 COR 1 (fi) + REV 2 + REV 2 COR 1 (fr) + REV 4 (de) + COR 1 (cs) + COR 2 (mt) + COR 3	
Erklärung Rumäniens Rumänien erklärt, dass es <i>das Protokoll zur Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits</i> erst ab dem Zeitpunkt vorläufig anwenden kann, zu dem es dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union als dem Verwahrer des Protokolls den Abschluss seiner für das Inkrafttreten des Protokolls erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte
Abstimmungsergebnisse/Erklärungen**

Erklärung Deutschlands

In Bezug auf Artikel 15 des Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits in der durch Artikel 7 des Protokolls geänderten Fassung erklärt Deutschland, dass aufgrund des Gesetzes über die Zivilluftfahrt die Entscheidungsbefugnis über die Einführung von Betriebsbeschränkungen auf einzelnen Flughäfen bei den Ländern liegt. Deutschland bekräftigt seine rechtliche Position, nach der das Verfahren zur Durchführung und Entscheidung zwischen Elementen des ausgewogenen Ansatzes letztlich in die Zuständigkeit der jeweiligen nationalen Behörden fällt; dazu gehört auch die Erarbeitung geeigneter Lösungen für Lärmprobleme auf nationalen Flughäfen.

In Bezug auf Artikel 21 Absatz 4 möchte Deutschland klarstellen, dass der Wortlaut dieses Artikels und der entsprechenden Absätze 21 und 22 der Niederschrift über die Beratungen nicht den künftigen Positionen Deutschlands zu einer möglichen Überarbeitung der Richtlinie 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. März 2002 über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Gemeinschaft vorgreift.

Bei der Unterzeichnung abzugebende Erklärung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zum Protokoll zur Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten präzisieren, dass das Luftverkehrsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits in der durch das Protokoll geänderten Fassung nach wie vor keine Befreiung von der Mehrwertsteuer (MwSt) vorsieht, mit Ausnahme der Umsatzsteuer auf Einfuhren.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stellen fest, dass die in den jeweiligen Abkommen zwischen EU-Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten enthaltenen Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Kapital von dem Luftverkehrsabkommen in der durch das Protokoll geänderten Fassung nicht berührt werden.

Erklärung der Republik Österreich

Österreich erklärt, dass es eine vorläufige Anwendung des Protokolls gemäß dessen Artikel 9 erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem es den Abschluss seiner für das Inkrafttreten des Protokolls erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte
Abstimmungsergebnisse/Erklärungen**

Erklärung Polens

Die Republik Polen erklärt, dass sie das *Protokoll zur Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits* gemäß Artikel 9 dieses Protokolls erst ab dem Zeitpunkt vorläufig anwenden kann, zu dem sie dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten des Protokolls erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.

Erklärung Finnlands

Finnland erklärt, dass es eine vorläufige Anwendung des Protokolls nach Artikel 9 Absatz 1 erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem es den Abschluss seiner für das Inkrafttreten dieses Protokolls erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.

Erklärung Griechenlands

Die Hellenische Republik erklärt, dass sie das Protokoll zur Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits erst ab dem Zeitpunkt vorläufig anwenden kann, zu dem sie der Europäischen Gemeinschaft als der Verwahrerin des Protokolls den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten des Protokolls erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.

Erklärung der Tschechischen Republik

Die Tschechische Republik erklärt, dass sie die vorläufige Anwendung des Protokolls gemäß Artikel 9 erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem sie der Europäischen Union den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten dieses Protokolls erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE JUNI 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schriftliches Verfahren vom 28. Juni 2010 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus 11223/1/10 REV 1	qualifizierte Mehrheit Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer Enthaltung: FR
Erklärung des Rates zum künftigen Rahmenabkommen über den Datenschutz Sobald das künftige EU-USA-Rahmenabkommen über den Datenschutz abgeschlossen worden ist, wird dieses (TFTP-)Abkommen im Lichte des erstgenannten bewertet.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte
Abstimmungsergebnisse/Erklärungen**

Erklärung des Rates und der Kommission zu Artikel 4 des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus

Die technischen Voraussetzungen für die in Artikel 4 Absatz 9 genannte Überprüfung haben ein wirksames Funktionieren der Überprüfung zu gewährleisten und dürfen keinesfalls die in dem Abkommen festgelegten Bestimmungen beeinträchtigen. Abzudecken sind Bereiche wie a) die Einrichtung eines eigenständigen Sonderreferats innerhalb von Europol unter entsprechender Aufsicht und Mitwirkung des Datenschutzbeauftragten von Europol, b) die für die Überprüfung erforderlichen Elemente, c) die normale Dauer der Überprüfung, d) Vertraulichkeitsvereinbarungen sowie e) Form und Begründung der im Rahmen von Artikel 4 zu treffenden Entscheidungen.

Die technischen Voraussetzungen werden vor Inkrafttreten des Abkommens festgelegt.

Europol wird ersucht, praktische Vorschläge für die Festlegung der technischen Voraussetzungen zu unterbreiten. Der Europol-Verwaltungsrat wird regelmäßig in ausführlicher Weise unterrichtet und umfassend konsultiert, insbesondere was das Funktionieren und die Aufsicht des Referats anbelangt, das mit der Überprüfung betraut ist.

Die Kommission berichtet dem Rat regelmäßig über die Ausarbeitung der technischen Voraussetzungen sowie über die Fortschritte der Konsultationen mit den Vereinigten Staaten hinsichtlich dieser Voraussetzungen.

**3025. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI)
vom Dienstag, den 29. Juni 2010, in Luxemburg**

Verordnung (EU) Nr. 565/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 7/2010 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren
9332/10 + COR 1

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Verordnung (EG) Nr. 566/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte gewerbliche und landwirtschaftliche Waren sowie Fischereierzeugnisse 9333/10 + COR 1 (fi) Verordnung (EU, Euratom) Nr. 564/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Anpassung der Berichtigungskoeffizienten für die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union 11182/10 + COR 1 (mt)	
Erklärung Dänemarks Dänemark hält die grenzübergreifende Gleichstellung der EU-Beamten für äußerst wichtig. Es stimmt gegen den Vorschlag, da die gewählte Methode zur Anpassung der Dienstbezüge auf dem Grundsatz der freien Wahl beruht und daher keine umfassende Gleichstellung zur Folge hat. Dänemark erinnert im Übrigen daran, dass es angesichts des hohen Gehaltsniveaus in den Organen der EU die generelle Methode zur Anpassung der Dienstbezüge und der Ruhegehälter der EU-Beamten grundsätzlich ablehnt.	
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 580/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 452/2007 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Bügelbrettern und -tischen mit Ursprung unter anderem in der Ukraine 10898/10	
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 579/2010 des Rates vom 29. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 367/2006 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien 10893/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
JUNI 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Ernennung eines Beamten der Besoldungsgruppe AD 15 im Generalsekretariat des Rates 11120/10 Beschluss des Rates zur Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Entwicklungsfonds (2. Tranche 2010) 11227/10 + REV 1 (de) Schlussfolgerungen des Rates zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Lebensmittelmodells 11409/10 ADD 1 2010/365/: Beschluss des Rates vom 29. Juni 2010 über die Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das Schengener Informationssystem in der Republik Bulgarien und Rumänien 8046/10 +COR 1 (fi)	